

Jugendarbeit und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene in Bewegung setzen – ein „Avantgarde-Experiment“

Der Begriff *Avantgarde* entstammt ursprünglich dem Sprachschatz des französischen Militärs und bezeichnet die Vorhut, also denjenigen Truppenteil, der als erster vorrückt und zuerst „Feindberührung“ hat. Eine Avantgarde ist ein kleiner Vortrupp, der ausgetretene Pfade verlässt und bestimmte Dinge vorbildhaft und exemplarisch vor vielen anderen sieht oder tut – und dafür auch bestimmte Strapazen auf sich nimmt. Die so bezeichneten Attribute werden im Folgenden angesetzt auf ein Praxisentwicklungsprojekt (PEP) zur Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz, welches auf der kommunalen Ebene zuvor definierte Zielsetzungen für Jugendliche und die Jugendarbeit umzusetzen versucht. Sozialpädagogische Fachkräfte der *kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit* erproben für die Dauer von zwei Jahren, ob und wenn ja: wie es gelingen könnte, eigens ausgewählte und vorbereitete Vorhaben in die jeweiligen jugendhilfe- und kommunalpolitischen Strukturen zu implementieren. Dabei werden sie begleitet, unterstützt und beraten von fünf Experten aus Kommunalwissenschaft und Kommunalpolitik, Netzwerk-Management, Politikberatung und Sozialpädagogik. Der Terminus „Feindberührung“ ist dabei eher metaphorisch zu verstehen, denn die mit dem Projekt gleichermaßen adressierten Politiker/innen können ebenso als Kontrahenten wie als Kooperationspartner agieren. Grundsätzlich ist das PEP auf verbesserter Kommunikation und Kooperation mit der (Kommunal-)Politik angelegt, die sich hernach positiv für die Jugendarbeit auswirken soll. Es ist aber ebenso davon auszugehen, dass – insbesondere bei knappen Mitteln – auch Verteilungskämpfe anstehen, die *nicht nur* im allseitigen Einvernehmen beigelegt werden können.

Ausgangspunkte für eine solche „(Re-)Politisierung“ der Jugendarbeit (Lindner 2012) in Rheinland-Pfalz waren verschiedene Ansatzpunkte der „Multi-Level-Governance“-Perspektive:

1. die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums (2009) und die Forderung nach einer kohärenten ressortübergreifenden Jugendpolitik,
2. die 2009 vereinbarte EU-Jugendstrategie 2010 – 2018, welche auf der Europaebene jugendpolitische Ziele zur Verbesserung der Lebenssituation junger Menschen verfolgt,
3. die auch hieraus resultierende Neue Eigenständige Jugendpolitik (NEJ) der Bundesregierung (BMFSFJ 2011) sowie
4. die Erstellung des Ersten Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz (2010), welcher die Jugendphase als eigenständige Lebensphase würdigte, deren bessere jugendpolitische Ausgestaltung, eine stärkere Partizipation junger Menschen und eine optimierte Datenlage forderte. Der zurzeit entstehende Zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit markiert einen ersten Schritt zur landesbezogenen Umsetzung einer Eigenständigen Jugendpolitik.
5. Etwa zeitgleich zeichnete sich in Rheinland-Pfalz ab, dass die Jugendarbeit nicht zuletzt angesichts der kommunalen Kassenlage zunehmend unter Druck geriet, was im Februar 2013 zu einem Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz führte, in dem Jugendarbeit als Pflichtaufgabe und nicht als vermeintlich „freiwillige“ Leistung im Sinne finanzieller Manövriermasse definiert wurde (Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz 2013).

6. Parallel wurde im Nachgang zu einer landesbezogenen Fachtagung 2011 das Exposé für ein Praxisentwicklungsprojekt zur Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit, zur Politikberatung und Lobbyarbeit für die Jugend entwickelt und ab Mai 2012 setzten sich die kommunalen Jugendpfleger/innen im Norden von Rheinland-Pfalz im Zuge einer weiteren Fachveranstaltung mit der „(Jugend-)Politischen Verankerung der Jugendarbeit“ auseinander.
7. Es folgte weitere zähe Kleinarbeit: In zusätzlichen Treffen wurden die Projektidee vorgestellt und das Interesse daran abgefragt, potentielle Kooperationspartner informiert und im Hinblick auf eine mögliche Trägerschaft und Finanzierung angefragt.
8. Der Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) beschloss am 22.4.2013, das PEP zur Profilierung von Jugendarbeit zu unterstützen:
 - a. „Der Fachausschuss 1 des Landesjugendhilfeausschusses (FA 1) wird beauftragt, das Projekt der AG Nord und Süd den Jugendamtsleitungen in Rheinland-Pfalz vorzustellen und dafür zu werben.
 - b. Der LJHA bittet das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen um ideelle und finanzielle Unterstützung.
 - c. Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit dem FA 1 beauftragt, ein verbindliches Interessensbekundungsverfahren zur Gewinnung von Projektteilnehmern aus dem Bereich der Kommunen und Verbände durchzuführen.
 - d. Bei entsprechendem Interesse betreibt der FA 1 den Fortgang und die Trägerschaft des Projekts und bemüht sich, finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Durchführung des Projekts ermöglichen.“
9. Die einzelnen Schritte wurden umgesetzt und im September 2013 bestätigte die zuständige Jugendministerin sowohl die ideelle wie auch finanzielle Unterstützung von PEP. Das Projekt wurde im Landesjugendamt angesiedelt und ist das erste Modellprojekt des Landesjugendamtes, das seit Bestehen des Landesjugendhilfeausschusses in Rheinland-Pfalz durchgeführt wird.

Nachdem sich im Vorfeld ca. 40 Fachkräfte der (vornehmlich kommunalen) Jugendarbeit für das Praxisentwicklungsprojekt interessiert hatten, wurde ein verbindliches Interessensbekundungsverfahren eingeleitet, ein Projektbeirat gegründet und im November 2013 fand das erste Treffen mit den Projektteilnehmer(inne)n statt: 20 Fachkräfte der Jugendarbeit von 13 unterschiedlichen Trägern (verbandliche, kommunale und regionale Zusammenschlüsse) machen sich zwei Jahre lang unter fachwissenschaftlicher Begleitung auf einen Weg, der aus den nachfolgenden Schritten besteht: Zu Beginn steht die (1) *Politikfeld- und Netzwerkanalyse*, die u.a. den Fragen nachgeht, wo, wann und durch wen maßgebliche Entscheidungen getroffen werden, die die Jugendarbeit betreffen. Darauf aufbauend wird eine *spezifische Politik- und Netzwerkstrategie* entwickelt werden, die auch die Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen integriert; hernach erfolgt (2) die *experimentierende Umsetzung der Strategie* und schließlich (3) deren *Evaluation*.

Praxisentwicklungsprojekt (PEP) Rheinland Pfalz – Rahmendaten

Laufzeit:	November 2013 – November 2015
Finanzierung:	Ministerium für Integration, Familien, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz
Projektbeirat	Ministerium für Integration, Familien, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz Landesjugendring Rheinland-Pfalz Landesjugendamt Rheinland-Pfalz (LSJV) EAH Jena (Projektleitung) Universität Mainz Vertreter/in der Praxis
Teilnehmer/innen:	20 sozialpädagogische Fachkräfte der kommunalen und der verbandlichen Jugendarbeit
Teilnahmevoraussetzungen	einschlägiger fachbezogener Hochschulabschluss dreijährige berufliche Praxis Vorlage eines konkreten Projektziels Kostenbeteiligung angemessene zeitliche Ressourcen zur Durchführung Zustimmung des Arbeitsgebers
Projekttablauf:	Phase 1: inhaltliche und fachwissenschaftliche Vorbereitung Phase 2: Durchführung eines konkreten Projektes mit begleitenden Workshops und Auswertungstreffen Phase 3: Reflexion, Ergebnissicherung und -zirkulation
Externe Experten	Kommunalwissenschaft (Prof. Dr. Lars Holtkamp, Fernuniversität Hagen) Netzwerkgestaltung (Prof. Dr. Herbert Schubert, FH Köln) Politikberatung/ Lobbyarbeit (Prof. Dr. Marco Althaus, TH Wildau) Sozialpädagogik (Prof. Dr. Werner Lindner, EAH Jena) Kommunalpolitik (Georg Büttler, Bürgermeister i. R. der Stadt Worms)

Die eingangs skizzierte Avantgarde-Etikettierung umfasst im PEP zunächst drei Dimensionen:

- *Neue und Eigenständige Jugendpolitik*

Die Neue und Eigenständige Jugendpolitik (NEJ) ist seit ihrer erstmaligen Ausrufung im Jahr 2011 in Deutschland durch etliche Fachforen, Expertisen und Dokumente vorbereitet worden und steht derzeit vor ihren nächsten Umsetzungsschritten (Lindner 2013). Ob und wann und wie diese Schritte mit tatsächlichen Auswirkungen für Jugendliche und Jugendarbeit auch erfolgen, ist derzeit sowohl

1. im Hinblick auf die Schwerpunktsetzungen der neuen Bundesregierung wie auch
2. im Hinblick auf durchaus heterogene Landespolitiken als auch
3. im Hinblick auf die hierzu erforderlichen Strukturen und Ressourcen

überaus offen. Das derzeit einzig greifbare Dokument zu einer möglichen Entwicklung der NEJ auf Bundesebene ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/SPD¹. Zwar bezeichnet dieser kaum mehr als eine vage Andeutung möglicher Absichten, aber immerhin heißt es dort auf Seite 71: „Eigenständige Jugendpolitik: Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das *vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort* gestaltet wird“ (Hervorh. d. Verf.). Ob und was daraus ggf. folgt, mag den Auguren überlassen bleiben, denn etwa zeitgleich gab das Statistische Bundesamt² bekannt, dass der Anteil der bundesweiten Jugendhilfeausgaben für die Jugendarbeit im Jahr 2012 mit nunmehr lediglich 5,04 % einen historischen Tiefstand erreicht habe.

Während eine NEJ mithin in etlichen europäischen, bundesweiten aber auch länderbezogenen Gremien und Tagungen allenfalls konzeptionell *diskutiert* und in vielen Papieren konturiert wird, geht es im PEP bereits um *konkretes Handeln*. Dabei muss offen bleiben, inwiefern sich im Projektverlauf produktive Anknüpfungspunkte an parallele Entwicklungen auf der Bundes- oder Landesebene ergeben. Fazit: Während auf anderen Ebenen geredet wird, fangen die Vorkämpfer in Rheinland-Pfalz schon einmal an – und zwar dort, wo alle Politik letzten Endes ohnehin landen wird, auf der lokalen und kommunalen Ebene: „All politics is local“.

- *Machtanalytische Reflexivität*

Der Avantgardebegriff gilt zweitens insofern, als dass im PEP weniger inhaltliche Fragen anstehen, sondern politische. Jede Politik umfasst Entscheidungen, aber auch Machtfragen, und genau diese Dimensionen werden in der gesamten bisherigen Auseinandersetzung um Jugend, Jugendpolitik und Jugendarbeit mehr oder minder ausgeblendet. Zwar werden Freiräume, Bildung, Partizipation und vieles mehr thematisiert – aber die Frage, *wie* denn diese Vorhaben konkret implementiert und mit welchen Strukturen und Ressourcen sie realisiert werden, kommt in den bisherigen Diskursen überhaupt nicht bzw. allenfalls in vagen Andeutungen vor. Im PEP aber wird es genau um diese „machtanalytische Blindstelle“ (Kessl

¹ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/koalitionsvertrag-inhaltsverzeichnis.html> (06.02.2014).

² Vgl. <http://www.jugendhilfeportal.de/fokus/artikel/eintrag/oeffentliche-hand-gab-2012-rund-322-milliarden-euro-fuer-kinder-und-jugendhilfe-aus> (06.02.2014).

2013, S. 73) gehen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Kategorien der epistemischen und der politischen Robustheit; in Anlehnung an Weingart/ Lensch (2008) wurden diese beiden Leitformeln einer offensiven Entwicklung für die Kinder- und Jugendarbeit wie folgt formuliert:

Epistemische Robustheit: Die fachwissenschaftliche Expertise der Kinder- und Jugendarbeit ist gekennzeichnet durch eine Stabilität ihrer methodischen Verfahren, theoretischen, juristischen Grundlagen und empirischen Ergebnisse (Wirkungen), die auch bei ungenau bekannten oder schwankenden Sachumständen unverändert bleibt. Sie wird von unterschiedlichen Adressaten als valide eingeschätzt.

Politische Robustheit: Die Expertise der Kinder- und Jugendarbeit muss sich im politischen Kontext vor einer größeren Gruppe als nur der eigenen, fachwissenschaftlichen bewähren. Sie ist für unterschiedliche (politische) Werthaltungen annehmbar und ohne Umdeutungen und Instrumentalisierungen anschlussfähig für den (kommunal)politischen Prozess (vgl. Lindner 2010).

Bislang hat sich die Jugendarbeit nahezu ausschließlich auf fachwissenschaftliche Themen (epistemische Robustheit) konzentriert und reduziert – aber machtanalytisch geht es eben nicht nur darum, Recht zu haben, sondern auch Recht zu bekommen. Aus diesem Grund wird im PEP der Akzent auf die politische Robustheit gesetzt. (Eine künftig aussichtsreiche Weiterentwicklung der Jugendarbeit aber ist nur denkbar in einer Strategie, die *beide Dimensionen gleichermaßen* berücksichtigt.)

Diese Neuorientierung führt auch das Fachpersonal von Jugendverbänden unweigerlich in einen Spagat zwischen dem Anspruch des Verbandes, in seinem Kerngeschäft als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche zu agieren und zugleich die Strukturen zu berücksichtigen, welche dieses Kerngeschäft ermöglichen und absichern: Der tagtägliche Betrieb auch in der Jugendverbandsarbeit ist geprägt von den Ansprüchen und Anforderungen des eigenen Trägers (z. B.: Wie viele Jugendliche werden erreicht und wie werden die trägerspezifischen Themen vermittelt?), des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe (nach § 11 SGB VIII stellen Jugendverbände Angebote für Kinder und Jugendliche zur Verfügung) und von Jugendlichen selbst (das Prinzip der Freiwilligkeit erfordert attraktive Angebote). Die pädagogischen Akteure bewegen sich dabei in einem wechselseitig abhängigen Spannungsfeld, das ihr berufliches Handeln beeinflusst und noch von weiteren Faktoren tangiert wird: den aktuellen „gesellschaftlichen“ Themen im sozialen Raum vor Ort, den vorhandenen normativen Werten und den aktuellen Diskussionen der Wissenschaft. In dieser Konstellation hecheln die meisten Jugendarbeiter/innen den Anforderungen hinterher, stoßen an Begrenzungen und wundern sich vielleicht, wenn in Zeiten knapper kommunaler Kassen der öffentliche Geldhahn plötzlich nur noch tröpfelt. Das PEP eröffnet die Möglichkeit, ausreichend früh den Kopf zu heben, sich die Zusammenhänge des Netzes, in dem man selbst agiert, zu erarbeiten und den Blick zu weiten auf die Strukturen, in denen die kommunalen Entscheidungen getroffen werden. Im Kern geht es dabei darum, vom *Spielball* kommunalpolitischer Entscheidungen zum *Akteur im kommunalpolitischen Geschehen* zu werden. Und so steht im Rahmen einer Politikfeldanalyse zuerst das Sammeln von Informationen und Erkenntnissen an, z. B.:

- Wie sind die Haushalte der Kommunen aufgestellt, wie hoch ist der Anteil der Ausgaben für die Jugendarbeit, wo entwickeln sich die Haushalte hin, sind die öffentlichen Haushalte tatsächlich öffentlich?

- Wer nutzt die Möglichkeiten in den gesetzlich vorgesehenen Gremien (§§ 70, 71 SGB VIII Jugendhilfeausschüsse); wer entscheidet über die Tagesordnung im Jugendhilfeausschuss, wo und wann und von wem werden Entscheidungen getroffen?
- Nutzt *mein* Kreis- oder Stadtjugendring die Möglichkeiten des jugendpolitischen Engagements aus?
- In welchen Kommunikationsnetzwerken wird mit welchen Akteuren welches Thema verhandelt?
- Wie gestaltet sich die demographische Entwicklung im Sozialraum und wer zieht daraus welche Schlüsse?
- Welche Diskussionen stehen im Zentrum der Kommunalpolitik und was kann *ich* dazu beitragen und bin damit ein potentieller Ansprechpartner?
- Wer liefert die Informationsgrundlagen für kommunalpolitische Entscheidungen und welchen Anteil habe *ich* daran?
- Welche Themen, Konflikte, Probleme mit Kindern und Jugendlichen gibt es in *meinem* Sozialraum über „*meine*“ Jugendarbeit hinaus?
- Wer sind *meine* Bündnispartner und in welchen Netzwerken sind sie aktiv (dies immer vor dem Hintergrund, dass sich politische Konstellationen auch ändern können)?
- Wer entscheidet was, wann, mit wem und aufgrund welcher Informationen?

Die bisherigen konzeptionellen Ausführungen zur Repolitisierung, zu Politikberatung und zu Lobbyarbeit können leicht den Eindruck erwecken, es handele sich hierbei vornehmlich um Anforderungen an sozialpädagogische Profis, was schnell die Frage nach den Jugendlichen als eigentlicher Zielgruppe bzw. Beteiligten aufwirft. Im PEP ist die – indirekte – Mitwirkung Jugendlicher ausdrücklich eingeschlossen. Insbesondere für die Jugendverbände ergeben sich hier neuartige Verbindungen zum Thema Partizipation, denn auch deren Diskurse und Praxen zeichnen sich durch empfindliche „machanalytische Blindstellen“ aus. PEP hingegen thematisiert die Partizipations-(Macht-)Frage und damit das (neue) Nachdenken darüber, von welchen (kommunal-)politischen Entscheidungen (und Nicht-Entscheidungen) die Jugendarbeit eigentlich gerahmt wird und abhängig ist, aber auch die Frage, wie diese Entscheidungen konkret zu antizipieren, legitim zu beeinflussen und ebenso effektiv wie konzise mitzugestalten wären. Wenn die Kinder- und Jugendarbeit nicht weiterhin folgenlose demokratie- bzw. kommunalpädagogische Pirouetten drehen und Partizipation allein unter den Bedingungen leutseliger Jovialität nach Gutsherrenart – Stichwort: „invited participation“³ – in der „Mitmachfalle“ (Wagner 2013a; vgl. Demirovic/ Walk 2011) betreiben will, muss sie diese Machtfrage

1. nicht nur stellen (was allein schon kaum stattfindet), sondern diese
2. auch reflektiert und verantwortungsbewusst bearbeiten und schließlich auch
3. beantworten können,

um in eine wirkliche partizipatorische Offensive zu gelangen. Jugendverbandsarbeit könnte dann für Jugendliche neue Dimensionen der „Staatsbürgerqualifikationsarbeit“ (Wagner 2013b, S. 189) erschließen. Solange hierbei aber Governance-Konzepte, Wissensbestände zu informellem Regieren (Lanfer 2014), die Analyse kommunalpolitischer Netzwerke, politische Strategielehre (Rüb 2013) und Politikfeldanalysen ignoriert werden, bleibt Jugendarbeit ein ums andere Mal befangen in lediglich anklagender Larmoyanz über ungenügende Anerkennung und ineffektive Berücksichtigung.

³ Bürger und zivilgesellschaftliche Akteure werden, zumeist von staatlichen oder wissenschaftlichen Institutionen, eingeladen (engl.: invited), sich im Rahmen organisierter Verfahren an der Bewertung bestimmter Vorhaben zu beteiligen. Demgegenüber wären im PEP nunmehr auch Formen der „uninvited participation“ zu erproben (vgl. Wehling 2012).

- *Strategische Reflexivität*

Im Zuge der Debatte um eine Repolitisierung der Kinder- und Jugendarbeit speziell über Politikberatung und Lobbyarbeit sind derzeit bundesweit durchaus vielfältige und verstreute Aktivitäten der Jugend(verbands)arbeit zu beobachten, die sich i.w.S. mit einer neuen Qualität von Kontakten zur Politik befassen. Diese Aktivitäten weisen jedoch bislang immer wieder Schwachstellen auf, sofern sie

- eher kurzfristig,
- eher punktuell,
- segmentiert in jugendverbandliche und kommunale Aktivitäten,
- in eklektisch-isolierter Themenauswahl (z. B. Öffentlichkeitsarbeit),
- ohne fachwissenschaftliche bzw. politikwissenschaftliche Fundierung,
- ohne vorhergehende Situationsanalyse,
- ohne Ressourcenanalyse,
- ohne Netzwerkanalyse,
- ohne erkennbare lang- bis mittelfristige Strategie,
- ohne hinreichende Auswertung und Publikation und
- mit allenfalls temporären Effekten

angelegt sind. Demgegenüber beruht das PEP auf den Standards der Praxisforschung/Praxisentwicklung (vgl. z. B. Moser 1995; Munsch 2010) und ist dem Anspruch nach

- reflektiert,
- systematisch,
- fachwissenschaftlich, kommunalwissenschaftlich und politikwissenschaftlich fundiert,
- auf eine längerfristige strategische Perspektive abzielend,
- basierend auf einer kommunalen Politikfeldanalyse,
- unter Integration einer spezifischen Netzwerkanalyse,
- mit einer Ressourcenanalyse und einer
- selbst-kritischen Evaluation und Publikation der Ergebnisse

ausgerichtet. Dieser spezifische Zugang wird dort ersichtlich, wo die PEP-Teilnehmer/innen zu Beginn des Projekts ihre z. T. noch unklaren Ziele, wie z. B. „Stärkung der Jugendarbeit“ zunächst durch eine indikatoren-gestützte SWOT-Analyse sowie eine präzise indikatoren-gestützte Zielformulierung für ihre jeweiligen Vorhaben zu operationalisieren hatten in der Frage: Woran kann ich erkennen, ob ich mein Ziel erreicht habe? Die „Quadratur des Kreises“ besteht sodann darin, mit begrenzten Ressourcen und unter den Bedingungen von Praxisverträglichkeit eine handhabbare Politikfeldanalyse zu erstellen. Denn im Hinblick auf mögliche Transfer-Effekte ist darauf hinzuweisen, dass derartige Praktiken letztlich auch für andere Fachkräfte übertragbar sein müssen und es insofern wenig Sinn macht, im PEP einen Aufwand abzuverlangen, der im Rahmen der normalen Alltagspraxis nicht mehr leistbar ist.

Weil sich hier Fragen von Jugendpolitik und Jugendarbeit sehr konkret stellen, geht es letztlich um *Methodenentwicklung* (vgl. Rieger 2013, S. 346ff.) als den Kern jeder Profession. Nicht Theorien oder Programme, sondern Methoden sind die entscheidenden Realitätstests, die beweisen, ob eine Profession ihre Ansprüche erfüllt. Methoden sind erprobte, hinreichend erfolgswahrscheinliche, reflektierte Wege der Zielerreichung. Diese Methoden werden im PEP entwickelt und sollen nicht im Kreise weniger Eingeweihter verbleiben, sondern letztlich auch anderen Akteuren der Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

- *Experiment: Fehlschläge als Erkenntnisquelle*

Das Vorhaben des PEP ist aber auch ein *Experiment*, also eine Versuchsanordnung, mit der etwas Neues ausprobiert wird, dessen Ausgang unbekannt ist. Allerdings handelt es sich dabei um ein reflektiertes Experiment und kein „Himmelfahrtskommando“, bei dem die Beteiligten womöglich Kopf und Kragen riskieren. Insofern begründet sich PEP zunächst einmal auf einem gewissen Vertrauensvorschuss angesichts anstehender Ungewissheiten, der auch für die hinzugezogenen Experten gilt. Da es kaum vorgefertigte Wege gibt, entstehen diese im PEP, indem die Beteiligten sie gehen. Dabei ist eine hohe Fehlerfreundlichkeit unabdingbar: Fehlschläge und „Misserfolge“ sind mindestens so wertvolle Erkenntnisquellen wie Zielerreichungen – weil auch der Weg dorthin höchst aufschlussreich ist.

- *Experiment: Neues Erfahrungswissen generieren*

Theoretisch wird die Frage bearbeitet: „Welches Wissen hilft beim Ändern?“ (Hauser 2013) – auf diese Frage haben aber auch die externen fachwissenschaftlichen Experten allenfalls theoretische *Antworten*; sie können jedoch die Praktiker/innen darin unterstützen, in ihren Projekten die richtigen *Fragen* zu stellen. Die Fachkräfte sind die entscheidenden Faktoren in diesem Experiment – nicht die Theoretiker. Und insofern sind die eingeschlagenen Lernwege beidseitig zu sehen, es können nicht nur die Praktiker/innen lernen in der Vermutung, dass die Experten ja ohnehin alles „besser wissen“, sondern ebenso die „Theoretiker“ von den Praktiker/innen.

- *Experiment: Relationieren und Transformieren von Theorie- in Erfahrungswissen*

Die hoch anspruchsvollen Anforderungen an die Praktiker/innen zielen darauf ab

1. auf der Grundlage eines selbst gesetzten jugend- bzw. kommunalpolitischen Zieles sowie
2. konzentrierter Theorie-Informationen aus drei bislang weitgehend unbekanntem Domänen (Kommunalpolitik, Netzwerkforschung sowie Politikberatung/ Lobbyarbeit)
3. diese drei „Wissenspakete“ zueinander in Beziehung zu setzen (zu relationieren) und
4. in einer Doppelbewegung dieses abstrakte Wissen schließlich in konkretes Handeln umzuwandeln (zu transformieren; vgl. Dewe/ Otto 2010).

- *Experiment Zeitfaktor*

Der Zeitfaktor ist sowohl in der Politik als auch im Projekt wichtig (Rüb 2006). Bei einer Projektdauer von zwei Jahren gilt es auszuloten, ob und wie schnell man Politik überhaupt „in Bewegung versetzen kann“ und ob die Projektzeit hierzu ausreichend lange konzipiert ist. Im PEP geht es nicht um schnelle Ad-hoc-Rezepte oder Zauberformeln, vielmehr ist zu erinnern an Max Weber: „Politik ist das lange und langsame Bohren dicker Bretter. Sie erfordert Leidenschaft und Augenmaß.“

- *Experiment: Verschiedenartigkeit der Erfahrungsproduktion*

Das PEP berücksichtigt die Vielfalt individueller Lösungswege; es ist nicht davon auszugehen oder zu erwarten, dass alle Teilnehmer/innen zur selben Zeit über dieselbe „Ziellinie“ gehen, sondern ihre jeweiligen individuellen Projekte verfolgen und dabei auch voneinander lernen.

- *Experiment: Reflektierte Dissensbereitschaft*

Grundsätzlich ist das PEP auf verbesserter Kommunikation und Kooperation mit der Politik angelegt, aber bei Gegenwind und knappen Mitteln darf auch Verteilungskämpfen nicht (nur) ausgewichen werden. Im Zuge der auch nur ansatzweisen Umsetzung der PEP-Philosophie geht es – wiederum theoretisch – um die Fähigkeit zur Austragung eines neu akzentuierten „Streithandels“ (Rancière 2010, S. 129). Und die damit intendierten Umschwünge könnten Irritationen, Erstaunen bis hin zu Verärgerungen und Drohungen auslösen, wenn die PEP-Mitwirkenden womöglich „unbequem“ werden. Das PEP dürfte zweifellos auf Bremsen, Bedenkenträger und Besitzstandswahrer treffen, denn immer wieder werden ja schon Andeutungen zu gesetzlichen Regelungen des SGB VIII wie Jugendarbeit als kommunaler Pflichtaufgabe, Fachkräftegebot oder Jugendhilfeplanung bereits als ärgerliche Anmaßungen empfunden. Verlegenheiten können zum einen für die kommunalen Fachkräfte entstehen, sofern sie etwa „außerhalb der Linie“ agieren; und den Jugendverbands-Angehörigen könnte der Entzug von Finanz- oder Fördermitteln bzw. künftige Nichtberücksichtigung bei Maßnahmen signalisiert werden, sofern sie Widerspenstigkeiten andeuten. Hier tritt die Frage auf, wie offensiv, argumentationsfähig, durchsetzungsstark und womöglich auch reflektiert konfliktfähig Fachkräfte der Jugendarbeit sein wollen – und sein können. Unter Verweis auf ein „postheroisches Management“ (D. Baecker) kann und darf es nicht darum gehen, sich selbst zu gefährden; andererseits dürfte sich ohne ein selbstbewusst-offensives Vorgehen (welches gleichwohl durchdacht und abgesichert sein muss) unter Umständen nur wenig ändern: Solange sich die Jugendarbeit nur dankerfüllt mit dem zufrieden gibt, was man ihr ohnehin zugesteht, kommt sie keinen Schritt weiter. Die Praktiker/innen benötigen mithin ein gewisses Quantum an „reflektierter Dissens-Bereitschaft“; die Entscheidung über das jeweils verantwortbare und angemessene Handeln aber treffen sie selber.

Fazit

Wenn für einige der genannten neuen Erfordernisse ein neues Bewusstsein entsteht, verändert sich die Perspektive, können sich Haltungen wandeln. Eine Einladung zum Neujahrsempfang wird nicht mehr als lästiges Übel empfunden, bei dem es mit Glück wenigstens etwas Nettes zu Essen gibt, sondern wird zum Pflicht-Meeting, um Netzwerke zu knüpfen. Die Mitarbeit im Jugendhilfeausschuss wird vom unliebsamen Gremientermin zur Plattform, auf der es viele Informationen und Erfahrungen zu sammeln gibt und auf der mitentschieden und mitgestaltet wird. Es könnte sich ein „Frühwarnsystem“ ausbilden, in dem sich anstehende Entscheidungen frühzeitig ankündigen und Agieren noch möglich ist, bevor lediglich die hinterher eilende Reaktion übrigbleibt. Das „Mitspielen“ in politischen Entscheidungsprozessen erfordert ein funktionierendes eigenes Netzwerk, für welches der eigene Träger, Jugendringe und auch die Ehrenamtlichen im eigenen Verband die erforderliche Unterstützung garantieren können. Auf diese Weise könnte idealtypisch die oft beschworene „Win-Win“-Situation für Kinder und Jugendliche, verbandliche und kommunale Jugendarbeit sowie die Kommunalpolitik in den Blick geraten.

Der Steilhang zwischen fachlich überzeugtem und offensiv-innovativem Handeln innerhalb der Strukturen, ohne sich dabei selbst ins Abseits zu manövrieren, ist schmal. Aber genau auf diesem Grat geht die produktive Entwicklung der Jugendarbeit weiter – oder eben auch nicht. In diesem Spannungsfeld liegt die neue und höchst anspruchsvolle neue sozialpädagogische Herausforderung.

Literatur:

BMFSFJ (2011): Eine Allianz für die Jugend. Eckpunktepapier: Entwicklung und Perspektiven einer eigenständigen Jugendpolitik, Berlin.

Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009): Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeit und Stolpersteine.

Demirovic, A./ Walk, H. (2011) (Hrsg.): Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Münster.

Dewe, B./ Otto, H.-U. (2010): Reflexive Sozialpädagogik. In: Thole 2010, S. 197-217.

Hauser, K. (2013): Ortlose Bildung. In: *Das Argument*, 53. Jg., H.3., S. 357-365.

Kessl, F. (2013): Soziale Arbeit in der Transformation des Sozialen, Wiesbaden.

Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz (2007): Empfehlungen für die kommunale Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Online verfügbar unter: <http://lsjv.rlp.de/kinder-jugend-und-familie/jugendarbeit> (18.03.2014).

Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz (2013): Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe! Online verfügbar unter: <http://lsjv.rlp.de/kinder-jugend-und-familie/landesjugendhilfeausschuss> (18.03.2014).

Lanfer, J. (2014): Policy-Netze in der kommunalen Sozialpolitik zwischen Formalität und Informalität. In: Bröchler, S./ Grunden, T. (Hrsg.): Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse, Wiesbaden, S. 263-290.

Lindner, W. (2010): Verwahrlosung der Jugendpolitik – (Re-)Politisierung der Jugendarbeit. Epistemische und politische Robustheit als neue Leitkategorien. In: *deutsche jugend*, 58. Jg., H. 4., S. 159-166.

Lindner, W. (2012): Klar zur Wende? Jugendpolitik und Jugendarbeit in asynchronen Dynamiken. In: Ders. (Hrsg.): Political (Re-)Turn? Impulse zu einem neuen Verhältnis von Jugendarbeit und Jugendpolitik, Wiesbaden, S. 3-19.

Lindner, W. (2013): Jugendarbeit und Jugendpolitik in historischer, aktueller und zukünftiger Perspektive – drei Blitzlichter. In: *deutsche jugend*, 61. Jg., H. 5, S. 210-219.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (Hrsg.)(2010): Erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz Zwischen Infrastruktur und Intervention – Zur Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, Mainz.

Moser, H. (1995): Grundlagen der Praxisforschung, Freiburg i. Br.

Munsch, C. (2010): Praxisforschung in der Sozialen Arbeit. In: Thole 2010, S. 1177-1189.

Rancière, J. (2010): Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, A./ Rancière, J. (Hrsg.): Politik der Wahrheit, Wien, S. 119-156.

Rieger, G. (2013): Soziallobbying und Politikberatung. In: Benz, B. u.a. (Hrsg.): Politik Sozialer Arbeit. Bd. 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden, Weinheim und Basel, S. 329-350.

Rüb, F.W. (2006): Die Zeit der Entscheidung. Kontingenz, Ambiguität und die Politisierung der Politik – Ein Versuch. Vol. 1, Issue 1. In: www.hamburg-review.com.

Rüb, F.W. (2013): Wie erfolgreich kann Regieren heute sein? Überlegungen zur Rationalität und zur Strategiefähigkeit von (erfolgreichen) Regierungen. In: Eckert, G./ Novy, L./ Schwickert, D. (Hrsg.): Zwischen Macht und Ohnmacht. Facetten erfolgreicher Politik, Wiesbaden, S. 240-256.

Thole, W. (Hrsg.) (2010): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 3. üb. u. erw. Aufl., Wiesbaden.

Wagner, Th. (2013a): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument, Köln.

Wagner, Th. (2013b): Entbürgerlichung durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen politischen Handelns, Wiesbaden.

Wehling, P. (2012): From invited to uninvited participation (and back)? Rethinking civil society engagement in technology assessment and development. In: *Poiesis & Praxis*, 9. Jg., H.1-2, S. 43-60.

Weingart, P./ Lentsch, J. (2008): Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland, Weilerswist.